



Stadt Ingolstadt Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Verwaltung, Personal und Recht

Sitzungsort: Neues Rathaus, Großer Sitzungssaal, II. OG		Sitzung-Nr.: VPA/01/2022
Sitzungsdatum: Donnerstag, 17.02.2022	Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr	Sitzungsende: 17:40 Uhr

Teilnehmerverzeichnis

Vorsitz	
Oberbürgermeister Dr. Christian Scharpf	
Bürgermeisterinnen	
Bürgermeisterin Dr. Dorothea Deneke-Stoll	
Bürgermeisterin Petra Kleine	Hybrid
Ausschussmitglieder	
Herr Stadtrat Johann Achhammer	Hybrid, Vertretung für Stadtrat Süßbauer
Herr Stadtrat Alfred Grob	Hybrid
Herr Stadtrat Albert Wittmann	Hybrid
Herr Stadtrat Hans-Joachim Werner	
Frau Stadträtin Petra Volkwein	Vertretung für Stadtrat Mittermaier
Herr Stadtrat Jochen Semle	
Frau Stadträtin Barbara Leininger	
Herr Stadtrat Hans Stachel	Hybrid, Vertretung für Stadträtin Mayr
Herr Stadtrat Oskar Lipp	Hybrid
Herr Stadtrat Jürgen Köhler	
Frau Stadträtin Eva Bulling-Schröter	Hybrid
Frau Stadträtin Veronika Hagn	Hybrid

Entschuldigt

Frau Stadträtin Angela Mayr
 Herr Stadtrat Klaus Mittermaier
 Herr Stadtrat Hans Süßbauer

Tagesordnung:

Eingangs der Sitzung findet die Beratung in nichtöffentlicher Sitzung darüber statt, welche Tagesordnungspunkte der nichtöffentlichen Sitzung zugewiesen werden.

Öffentliche Sitzung	2
1. Vertreterregelung im Aufsichtsrat kommunaler Unternehmen	2
. Antrag der FW-Stadtratsfraktion vom 15.10.2020 Vorlage: V559/20	2
. Beschlussvorlage der Verwaltung (Referent: Oberbürgermeister Dr. Scharpf) Vorlage: V0028/22	3
2. Stellenplanantrag; Besetzung einer Poolstelle (Referent: Herr Kuch) Vorlage: V0040/22	4

Oberbürgermeister Dr. Scharpf eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass der Ausschuss für Verwaltung, Personal und Recht ordnungsgemäß geladen wurde und 13 Mitglieder erschienen sind. Der Ausschuss ist damit beschlussfähig.

Danach gibt der Ausschuss für Verwaltung, Personal und Recht seine Zustimmung zu vorstehender Tagesordnung.

Öffentliche Sitzung**1. Vertreterregelung im Aufsichtsrat kommunaler Unternehmen****Beratend**

- . **Antrag der FW-Stadtratsfraktion vom 15.10.2020**
Vorlage: V559/20

Antrag:

Die FW Stadtratsfraktion stellt hiermit den Antrag, die Gesellschaftsverträge der Stadtgesellschaften in Form der GmbH und der GmbH & Co. KG dahingehend zu prüfen und ggf. abzuändern, dass für die Stadtratsmitglieder im Aufsichtsrat Stellvertreter vorgesehen sind, soweit dies gesetzlich zulässig ist.

Begründung:

Nachdem bei den Stadtgesellschaften in der Rechtsform der GmbH und der GmbH & Co. KG die Aufsichtsräte als Fakultativ-Gremien eingerichtet sind, - so der Vortrag eines Rechtsanwalts in der Informationsveranstaltung vom 10.10.2020 - halten wir die Installation von Stellvertretern in den Aufsichtsräten für sinnvoll und notwendig.

Insbesondere handelt es sich um folgende Gremien:

INVG, Stadtbus Ingolstadt, GWG, INVA, COM IN, Bio IN, Landesgartenschau, InKo Bau, SWI Beteiligungen, SWI Freizeitanlagen sowie die untergeordneten Klinikum GmbHs.

Diskussion und Beschlussfassung siehe V0028/22.

Beratend

Beschlussvorlage der Verwaltung
(Referent: Oberbürgermeister Dr. Scharpf)
Vorlage: V0028/22

Antrag:

Von der Bestellung von Vertretern für die Aufsichtsratsmitglieder in kommunalen GmbH's wird weiterhin vor dem Hintergrund des Grundsatzes der höchstpersönlichen Ausübung des Mandats abgesehen.

Der Antrag der FW-Stadtratsfraktion (V559/20) und der Antrag der Verwaltung (V0028/22) werden gemeinsam behandelt.

Stellungnahme des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit vom 16.02.2022:

Aufgrund technischer Probleme können die zugeschalteten Teilnehmer der Hybrid-Sitzung akustisch nicht verstanden werden. Nach kurzer Diskussion ist man sich darüber einig, die Behandlung und Beschlussfassung der Tagesordnungspunkte auf die Sitzung des Stadtrates am 24.02.2022 zu vertagen. Insofern entfallt eine Vorberatung der Themen, so Oberbürgermeister Dr. Scharpf.

Stadtrat Stachel erläutert den Antrag der FW-Stadtratsfraktion. Seine Fraktion sehe durchaus die Möglichkeit, die Arbeit in einem Aufsichtsrat mit Vertreterregelungen auszustatten. Auch nach der Stellungnahme des Beteiligungsmanagements bleibe

seine Fraktion bei diesem Antrag, so dass Stadtrat Stachel um eine Abstimmung bittet.

Abstimmung über den Antrag der Verwaltung (V0028/22):

Gegen zwei Stimmen (Stadtrat Stachel, Stadtrat Lipp):

Entsprechend dem Antrag befürwortet.

Beratend

2 . Stellenplanantrag; Besetzung einer Poolstelle (Referent: Herr Kuch) Vorlage: V0040/22

Antrag:

Die unbefristete Besetzung einer Poolstelle durch das Personalamt, Sachgebiet 11/5 „IT, Arbeitszeit und Urlaub“, in A 8 / EG 9a in Vollzeit zur stadtweiten Einführung und zum Betrieb eines multifunktionalen Mitarbeiterausweises wird genehmigt.

Stadtrat Wittmann teilt als Vertreter der CSU-Stadtratsfraktion mit, dass die Einführung eines multifunktionalen Mitarbeiterausweises und eines neuen Schließsystems begrüßt werde, aber man dagegen sei, dass gleich wieder eine neue Stelle dafür geschaffen werde.

Stadtrat Grob führt dazu aus, dass eine aufgabenkritische Überprüfung gewünscht werde. Es gebe in der Stadtverwaltung relativ große Ämter. Er denke deshalb, dass eine solche Aufgabe durch ein großes Amt auch auf mehreren Schultern verteilt getragen werden müsse, was er aus der Staatsverwaltung nicht anders kenne.

Stadtrat Werner ist der Meinung, dass es sich bei der neuen Aufgabe um ein Mammutwerk handle, da die gesamte Stadtverwaltung mit einem neuen Mitarbeiterausweis ausgestattet werde. Die SPD-Stadtratsfraktion sei deshalb nicht nur für die Stelle, sondern auch dafür, dass alles Notwendige getan werde, um den Antrag umsetzen zu können. Im Übrigen seien Poolstellen genau für solche Themen geschaffen worden.

Stadtrat Semle zeigt auf, dass auch in der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen darüber gesprochen worden sei. Es werde in der Vorlage wenig dargestellt in Bezug

auf mögliche Einsparungen bei oder nach der Einführung, so dass Erläuterungen dazu hilfreich wären.

Stadtrat Stachel sieht es ähnlich kritisch, dass für jede Aufgabe zwingend eine neue Stelle gebraucht werde. Man könnte durchaus einen akuten Bedarf mit einer KW-Stelle decken und versuchen, weiteres über die Organisationsstruktur aufzufangen. Da es bisher auch Verwaltungstätigkeiten im Zusammenhang mit den Mitarbeitern, z. B. Zugangskontrollen, Datenerfassung, Arbeitszeit, gebe, müsste in Summe auch etwas wegfallen, eventuell auch nur eine halbe Stelle. Stadtrat Stachel erwartet sich im Zuge dessen eine Darstellung.

Der bereits schon diskutierte Ansatz, dass technische Neuerungen dazu führten, Zeit einzusparen, stimme so nicht, so Stadträtin Bulling-Schröter. Sie stellt den Antrag auf Vorlage einer Berichterstattung, um die Auslastung der Beschäftigten darzustellen. In Anbetracht der vielen, teilweise großen und zusätzlichen Aufgaben, die der Stadtrat beschließe, frage sich Stadträtin Bulling-Schröter schon, wie diese zu erledigen seien. Sie denkt, dass neue, gute Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch in anderen Abteilungen beschäftigt werden könnten. Froh sein könne man über viele Beschäftigte, die verlässlich seien und auf die man zählen könne. Aus diesem Grund stimme sie der Vorlage zu mit der Maßgabe der genannten Berichterstattung.

Herr Kuch zeigt auf, wo die Prozesse und Abläufe, die in der Scheckkarte gebündelt werden sollten, zurzeit angesiedelt seien bzw. in welchem Umfang Bereiche dazukämen, die es in dieser Form bei der Stadtverwaltung Ingolstadt noch nicht gebe, aber in Zukunft gebraucht würden. Die Schließanlage werde aktuell nur teilweise zentral verwaltet, einmal im Amt für Gebäudemanagement, aber auch in einzelnen Ämtern und Dienststellen, d. h. es gebe keine flächendeckende Übersicht über die Ausgabe der Schlüssel. Dies sei ein Punkt gewesen, der vom Rechnungsprüfungsamt beanstandet worden sei. Beim Thema Zeiterfassung handle es sich um eine Insellösung. Teilweise werde mit der Verwaltung der Schließanlage zusammengearbeitet. Die Zeiterfassung erfolge mit einem eigenen Chip, der vom Personalamt verwaltet werde. In Absprache mit den Fachämtern würden bestimmte Schließfunktionen für bestimmte Zugangstüren, wie z. B. im Neuen Rathaus, aufgeschaltet. Zum Punkt IT-Sicherheit führt Herr Kuch zudem aus, dass momentan der Zugang und die Funktionalität der Fachprogramme ausschließlich über eine Zugangskennung mit Benutzername und Passwort sichergestellt sei. Diese Technologie sei längst veraltet, was auch der Bayerische Kommunale Prüfungsverband in seiner überörtlichen Prüfung klar festgestellt

habe. Hier werde eine Zwei-Faktor-Authentifizierung gefordert, d. h. neben dem Kennwort und der PIN werde eine zweite Zugangssicherung gebraucht. Wenn dies getrennt von der Scheckkarte gedacht würde, müsste dafür ein eigenes System durch das AfID aufgebaut werden. Ähnlich sei dies auch bei der digitalen Unterschrift. Es würden zudem digitale Arbeitsabläufe, die E-Akte und der digitale Anordnungsworkflow eingeführt, was die gesamte Stadtverwaltung betreffe. Bei den digitalen Zahlungsanordnungen gebe es erhebliche Einsparungen in Bezug auf die Postlaufzeiten, was aber nur funktioniere, wenn die digitale Signatur möglich sei, was momentan nur in wenigen Bereichen über extern eingekaufte Lösungen praktiziert werde. Eine durchgängige Lösung für die gesamte Stadtverwaltung gebe es nicht und solle in diesem Kontext mit dem digitalen Ausweis aufgebaut werden. In der Quintessenz bedeute dies, dass Aufgaben, die momentan an anderer Stelle ausgeführt würden, teilweise zum Personalamt umgeschichtet würden. Dabei handele es sich um Stellenanteile, die durchaus im Zuge der Aufgabenkritik beurteilt werden könnten, aber erst nach Umsetzung der Maßnahme. Des Weiteren, so Herr Kuch, kämen zusätzliche Funktionen dazu, die zum jetzigen Zeitpunkt in der Stadtverwaltung noch nicht dargestellt seien. Zur Frage nach den gegenzurechnenden Einsparungen erläutert Herr Kuch, dass es zu einer Standardisierung von Prozessen käme, so dass alles in einem Workflow an zentraler Stelle abgebildet werden könne. Bei Änderungen durch die immens hohe Anzahl an laufenden Veränderungen bei den Beschäftigten der Stadtverwaltung (Neueinstellung, Ausscheiden, Versetzung, Umzug in andere Büros u.a.) könnten die ganzen Berechtigungen automatisiert angestoßen werden, was zu einer Prozessverschlinkung und zu erheblichen Einsparungen führe, aber nicht an der zentralen Stelle, dem Personalamt. Hier würde ein immenser Zusatzaufwand entstehen.

Stadtrat Stachel denkt, dass die Aufgabenvielfalt allen bewusst sei und eine Zusammenführung auch sinnvoll sei. Die entscheidende Frage stelle sich zu Einsparungen in anderen Bereichen, auch wenn es sich nur um Bruchstücke von Stellen handle. Er bittet vor dem Hintergrund der sinnvollen, zentralen Verwaltung darum, in Zukunft darauf zu schauen, wo freiwerdende Ressourcen seien und diese dann ausgewiesen werden, wenn es wieder um das Thema Stellen gehe. Auch wenn es sich nur um halbe oder viertelte Stellen handle, sei klar, dass es in der Summe mehr sei. Eine Versandung dürfe nicht passieren.

Zurzeit sei man dabei, digitale Prozesse einzurichten, so Herr Kuch. Ausgangspunkt dafür sei immer, bestehende analoge Prozesse angemessen in einen digitalen Prozess zu überführen. Er bietet an, die bestehenden Prozesse und die analogen Arbeitsschritte im Amt für Gebäudemanagement oder im AfID im Rahmen einer Organisationsuntersuchung zu prüfen und zu dokumentieren, welche Einsparungen in Mitarbeiterstunden die Einführung und der Betrieb eines multifunktionaler Mitarbeiterausweis bewirke.

Stadtrat Köhler stellt fest, dass grundsätzlich alle der Meinung seien, dass Digitalisierung in dieser Form in einer Stadtverwaltung auf alle Fälle notwendig sei. Er bittet aber auch zu berücksichtigen, dass die Erfassung der Daten auf so einer kleinen Karte für die Mitarbeiter ein sehr sensibler Bereich sei, was sicherlich zu Rückfragen führe. Auch der Personalrat müsse eingebunden werden. Stadtrat Köhler denkt, dass hinter dem Thema ein großer Aufwand stecke, auch in Zukunft, daher werde er den Antrag unterstützen.

Herr Kuch hebt hervor, dass eine enge Abstimmung mit dem Datenschutzbeauftragten erfolgt sei und auf der Karte selbst keine personenbezogenen Daten gespeichert würden. Es werde der Name aufgedruckt und ein Foto, da es sich um einen Mitarbeiterausweis handle. Bei Verlust der Karte stünde die Hotline der IFG für die Parkgaragen zur Verfügung, die 24/7 besetzt sei. Eine entsprechende Vereinbarung sichere die sofortige Sperrung der Karte zu, so dass eine hohe Schutzfunktion bestehe. Auch mit dem Personalrat werde es eine entsprechende Dienstvereinbarung geben.

Es sei nicht so, dass die CSU-Stadtratsfraktion die Aufgabe nicht als erforderlich sehe, so Stadtrat Grob. Im Übrigen sei die Anregung aus dem Rechnungsprüfungsausschuss gekommen. Die Frage sei nur, braucht man, unabhängig von einem guten Sachbearbeiter, dazu auch eine eigene Stelle. Gebe es in der Verwaltung und auch in dem angegliederten Bereich nicht genug Personen und Köpfe, die die Aufgabe ohne zusätzliche Stelle erledigen könnten. Im Verwaltungsbereich müsse gespart werden, davon sei Stadtrat Grob überzeugt. Er kenne sehr viele, große Sicherheitsbehörden in ganz Bayern, aber einen eigenen Schlüsselverwalter kenne er nicht einmal bei hochsensiblen Behörden. Er glaubt, die Erledigung der Aufgabe müsse mit den bestehenden Ressourcen möglich sein.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf merkt an, dass es nicht um die Einführung eines Schlüsselverwalters gehe.

Herr Kuch veranschaulicht, dass die ursprüngliche Idee eine Schließanlage gewesen sei. Mit einem Kartensystem sei allerdings auch ein technischer und finanzieller Aufwand verbunden, sodass schnell klar gewesen sei, dass man eine große Chance verpassen würde, wenn nicht alle anderen Aspekte, z. B. IT-Sicherheit, digitale Signatur, die Bezahlungsfunktion bei den städtischen Kantinen usw., Berücksichtigung fänden. Die Einführung einer Karte für ca. 700 Beschäftigte in den beiden Rathäusern, aber auch die Pflege der Daten durch die lfd. personelle Fluktuation bedinge eine zeitnahe, aktuelle Umsetzung und dafür fehle im Personalbereich eine freie Stelle, die das tagtäglich abarbeiten könne. Ohne aktuellen Stand durch beständige Pflege könne man sich die Einführung des Systems auch schenken.

Stadtrat Stachel bringt vor, dass die darin liegenden Chancen klar seien. Die Synergieeffekte, die damit erzielt würden, könnten wegen der Kleinteiligkeit nicht im Vorfeld bestimmt werden. Deshalb könne er dem Vorschlag von Herrn Kuch zustimmen. Stadtrat Stachel wünscht sich aber zu gegebener Zeit eine Darstellung der Einsparungen, die strukturell nicht mehr notwendig seien. Das Rechnungsprüfungsamt warte auf eine Umsetzung, so dass Stadtrat Stachel glaubt, dass es notwendig sei, die Aufgabe am Stück abzuarbeiten.

Die ständigen Diskussionen über die Notwendigkeit oder Nichtnotwendigkeit von neuen Stellen ziehe sich wie ein roter Faden durch die gesamte bisherige Amtsperiode des Stadtrates, so Stadtrat Werner. Jetzt werde schon bei einer einzelnen Stelle angefangen, deren Notwendigkeit bereits in der Vorlage absolut nachvollziehbar beschrieben worden sei. Alle Fragen, die jetzt aufgeworfen worden seien, seien mit der Vorlage schon beantwortet worden und die Ergänzungen von Herrn Kuch hätten eigentlich den Letzten noch überzeugen müssen. Stadtrat Werner befürchtet weitere Diskussionen, wenn nicht erste Ergebnisse der bereits beschlossenen Prüfung der Organisationsstruktur mit Aufgabenkritik vorgestellt würden. Damit könnte der absolut abstrakten, grotesk langen Diskussion die Grundlage entzogen werden. Die SPD-Stadtratsfraktion stimme der heutigen Poolstelle zu, fordere aber die dringend nötigen Ergebnisse der Überprüfung der Organisationsstruktur zu präsentieren.

Herr Kuch beschreibt den Sachstand Aufgabenkritik. Dem Auftrag entsprechend sei noch im alten Jahr ein entsprechendes Leistungsverzeichnis für die externe Begleitung erstellt worden, dies stadintern abgestimmt und die Ausschreibung auf den Weg gebracht worden. Die in den letzten Wochen eingegangenen Angebote seien geprüft

worden und in der vergangenen Woche habe die Angebotspräsentation der in die engere Auswahl gezogenen Anbieter stattgefunden. Im nächsten Sitzungslauf Ende März würden die Ergebnisse verbunden mit einem konkreten Vergabevorschlag und einem Projektablaufplan vorgelegt. Die beauftragten Tätigkeiten und Abfrageinhalte sowie der Zeitplan seien so konzipiert, dass die Ergebnisse der Untersuchung dem Stadtrat im Oktober zur Entscheidung vorgelegt würden.

Stadträtin Bulling-Schröter ist der Meinung, dass die Vorlage eines Berichtes im nächsten Sitzungslauf nötig sei. Sie hätte auch gerne den Personalrat dabei. Auskünfte über die in der Legislaturperiode neu geschaffenen Aufgaben, wo diese angesiedelt seien, wie hoch die Belastung des Personals sei, seien wünschenswert. Es gebe Bereiche in der Stadtverwaltung, die sehr überlastet seien. Die Aufgabenkritik sei wahrscheinlich nicht detailliert genug. Sie verweist auf die Diskussionen in Bezug auf die Notwendigkeit der Einführung einer Kita-App, die nun nach ihren Informationen von jungen Eltern sehr begrüßt werde. Offensichtlich sei man bei der Stadtverwaltung mit bestimmten technischen Maßnahmen zurück, so Stadträtin Bulling-Schröter. Es scheint, als sei in der Vergangenheit beim Thema Digitalisierung wenig gemacht worden, weil nun viel beschlossen werde, was notwendig sei.

Stadtrat Achhammer hebt hervor, dass er grundsätzlich auch für die Einführung eines multifunktionalen Ausweises sei. Aber es seien bisher auch Ausweise ausgegeben worden, so dass durch den digitalen Ausweis Zeit eingespart werden und eine Verschlinkung möglich sein müsste. Natürlich werde man in der Einführungszeit mehr Zeit benötigen. Digitalisierung koste in erster Linie Geld, aber Stadtrat Achhammer hätte in der Vorlage gerne eine Aufstellung über Einsparungen gesehen. Er schlägt deshalb vor, dass Herr Kuch bis zur nächsten Sitzung des Stadtrates Angaben über die Einsparpotentiale vorlege, so dass dies in der Fraktion behandelt werden könnte, um im Stadtrat eine abschließende Entscheidung fällen zu können. Momentan könne Stadtrat Achhammer nicht so ohne weiteres der Vorlage zustimmen.

Herr Kuch nimmt zu den beiden genannten Beispielen, Einsparpotentiale und Gegenrechnung, Stellung. Zurzeit hätten einige hundert Beschäftigte in einem sehr überschaubaren Bereich Dienstaussweise, um sich authentifizieren zu können. In Zukunft sei man mit den städtischen Töchtern bei über 3.000 Ausweisen, was keine Einsparung, sondern ein Aufgabenzuwachs sei. Bei der Zeiterfassung sei es zukünftig so, dass der Personenkreis mit Chip ebenso deutlich ausgeweitet werde. Sinnvoll sei es nämlich nicht, bestimmte Personengruppen, wie z. B. Auszubildende und Studenten

wieder auszunehmen, da dann die Vorteile bei der Gebäude- oder IT-Sicherheit wieder in Frage gestellt würden. Herr Kuch stellt abschließend fest, dass er zugesagt habe, im Rahmen der Prozessaufnahme die entsprechenden Zeitaufwände zu hinterlegen, was aber bis zur nächsten Sitzung des Stadtrates in einer Woche nicht machbar sei.

Grundsätzlich halte die Ausschussgemeinschaft FDP/JU die Einführung des neuen Systems für sinnvoll, so Stadträtin Hagn. Überlegungen, die Stelle mit einem KW-Vermerk zu versehen, habe es allerdings gegeben. Nach den Ausführungen von Herrn Kuch zum Aufwand der Pflege des Systems stimme Stadträtin Hagn der Vorlage zu, mit der Bitte, zu gegebener Zeit eine Darstellung der Personaleinsparungen an anderer Stelle zu erhalten. So könne bei der nächsten Stellendiskussion auf diese Poolresource zurückgegriffen werden.

Stadtrat Wittmann bezieht sich auf die Ausführungen von Stadträtin Bulling-Schröter. Er betont, dass in den letzten zwei Jahren die Personalkosten enorm gestiegen seien, so dass konkret aus der Verantwortung heraus hinterfragt worden sei, ob wieder eine neue Stelle erforderlich sei. In Bezug auf das Thema Digitalisierung teilt er mit, dass Ingolstadt durchaus im Vergleich mit anderen Städten mit vorne liege, was in Zukunft auch so bleiben solle, und in dieser Richtung durch die damals Verantwortlichen viel passiert sei. An Herrn Kuch gewandt, stellt Stadtrat Wittmann fest, dass die Ausweisungsfunktion in der genannten Form notwendig sei und auch von seiner Fraktion zu 100 % unterstützt werde. Die Frage sei nur gewesen, ob es nicht eine Möglichkeit gebe, dass bei einer so großen Verwaltung die Aufgaben umstrukturiert werden könnten mit entsprechender Aufgabenkritik, um nicht wieder eine neue Stelle schaffen zu müssen. Um den enormen Druck auf den städtischen Haushalt nicht zu groß werden zu lassen, sollte miteinander versucht werden, den richtigen Weg zu finden.

Mit 9 : 4 Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.

- Hiermit ist der öffentliche Teil der Sitzung beendet -